



Matthäus Strebl

Mitglied des Deutschen Bundestages

SED-Nachfolger vor Machtübernahme in Thüringen

Zum 25. Jahrestag der Maueröffnung und angesichts der von den Parteien Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen angestrebten Regierungsbildung erklärt der Dingolfer CSU-Bundestagsabgeordnete Matthäus Strebl:

Der 9. November ist im Bewusstsein der meisten Menschen heute ein Freudentag, denn vor nunmehr 25 Jahren fielen Mauer und Stacheldraht, die von 1961 bis zu diesem Tag Deutschland geteilt hatten. 18 Millionen Menschen in den heutigen „neuen“ Bundesländern waren grundlegende Menschenrechte verweigert worden: Rede- und Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit, freie Berufswahl usw. Unbotmäßigkeiten wurden von der SED-Gerichtsbarkeit strengstens geahndet.

Die Mehrheit der Deutschen feiert den 9. November als den Tag, an dem die lang ersehnte Wiedervereinigung der beiden Staaten in Deutschland in greifbare Nähe rückte.

Umso bedrückender ist es, dass gerade im Umfeld dieses historischen Ereignisses die Erben der SED im Freistaat Thüringen politische Wiederauferstehung feiern. Mit Bodo Ramelow wird wohl ein erster Ministerpräsident an der Spitze eines

Berlin, 07.11.2014

Matthäus Strebl, MdB

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74908

Email : matthaeus.strebl@bundestag.de

www.m-strebl-mdb.de



Bundeslandes stehen, der in der Tradition der menschenverachtenden SED steht. Dass er selbst dieses Ziel anstrebt, ist nachzuvollziehen. Dass sich die SPD, zu seinem Steigbügelhalter macht, ist dagegen schlichtweg erschütternd. Sie scheint verdrängt zu haben, dass sie in ihrer Geschichte den dunklen Fleck der Zwangsvereinigung mit der KPD aufzuweisen hat. Dass auch die Grünen aus purer Machtversessenheit den kommunistischen Ministerpräsidenten mittragen wollen, wundert dagegen kaum noch.

Der Freistaat Thüringen hat in den zurückliegenden Jahren eine bewundernswerte Entwicklung genommen. Vor allem die SPD als Königsmacher trägt die Verantwortung dafür, dass sich die Zukunft des Landes verdüstern wird.

Besonders zynisch ist, dass SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen ausgerechnet den Jahrestag der Befreiung von der SED-Diktatur nutzen, um die menschenverachtende Politik eben dieser SED wieder aufzunehmen.